

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39  
Telefax: 866848 ppbn d  
Telefax: 21 0684

## Inhalt

Der Wahlforscher Dr. Gerd Mielke erläutert die Probleme, die sich aus Veränderungen in der Wählerschaft ergeben: Einfache Lösungen greifen nicht.

Seite 1

Barbara Simons MdEP bewertet die jüngste Konferenz für ein demokratisches Südafrika: Den Druck verstärken.

Seite 4

### Dokumentation

In der DDR hat sich der Bund Sozialdemokratischer Studenten (BSDS) konstituiert. Wir dokumentieren seine Satzung.

Seite 5

44. Jahrgang / 242

18. Dezember 1989

### Einfache Lösungen greifen nicht

-----  
Eine offene Wählerschaft als Herausforderung für die Parteien

Von Dr. Gerd Mielke  
Wahlforscher

Das spektakuläre Aufkommen der Republikaner in den Wahlen dieses Jahres rundet eine Phase der Fragmentierung des westdeutschen Parteiensystems ab, die vor nunmehr einem Jahrzehnt mit dem Aufstieg der GRÜNEN begann. Die Erweiterung des Parteienspektrums an den Rändern, sowie der massiven Verluste vor allem der beiden großen Parteien stehen in einem deutlichen Gegensatz zu der lang anhaltenden Konzentrations- und Sammlungsbewegung während der ersten drei Jahrzehnte der Bundesrepublik. Wie ist es zu diesem Wandel gekommen? Wie sollen die großen Parteien darauf reagieren?

Jenseits aller kurzfristigen Stimmungsschwankungen aufgrund tagespolitischer Ereignisse haben vor allem vier Faktoren die Wählerlandschaft verändert.

1. Die Zuordnung traditioneller Wählersegmente zu dieser oder jener Partei hat an Eindeutigkeit verloren. Altvertraute Milieus lösen sich auf, freilich ohne daß deshalb soziale und wirtschaftliche Bestimmungsfaktoren generell an Bedeutung verloren hätten. Aus wahlsoziologischer Sicht gibt es nicht mehr „den“ Arbeiter mit einer klaren Wahlnorm - wann es ihn denn je gegeben hat -, sondern Arbeitnehmer an der Saar, im Raum Stuttgart und im Küstenbereich mit jeweils eigenständigen Interessenlagen und politischen Bindungen. Dabei spielt die Herausbildung von alles beherrschenden „Staatsparteien“ wie etwa der Union in Bayern und Baden-Württemberg oder der SPD in Bremen und

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreuzträger-Unterlage  
mit wasserunlöslichen  
Reinigungs-Papier



Nordrhein-Westfalen eine Schlüsselrolle. Diese „Staatsparteien“ ziehen auf die Dauer auch einen beträchtlichen Teil der Wähler an, die ihnen traditionellerweise eher fernstehen. So haben sich unter dem Einfluß dauerhafter politischer Hegemonie etwa in Süddeutschland Teile der Arbeiterschaft, in Nordrhein-Westfalen Teile des katholischen Milieus aus ihren traditionellen Bindungen gelöst und sind ins „gegnerische“ Lager übergewechselt.

2. Im Zuge der Generationenfolge nach dem Krieg und der mit ihr gekoppelten Herausbildung neuer Berufsgruppen im Bereich des abhängigen Mittelstandes aus Angestellten und Beamten sind Wählergruppen entstanden, die zu keiner Partei historisch vermittelte Loyalitäten aufweisen. Zwar ist - vor allem für die jungen Wähler - noch durchaus offen, ob nicht am Ende doch feste Bindungen an eine Partei wachsen können, jedoch existiert hier zumindest mittelfristig ein relativ ungebundenes Wählersegment.

3. Es zeichnet sich ein Prozeß politischer Entfremdung im Verhältnis der beiden großen Parteien zu ihren Traditionskompanien ab. Für die SPD belegt dies der beschleunigte Rückgang der sogenannten „Parteiidentifikation“, einer langfristig stabilen, emotionalen Bindung an die Partei, in für einen sozialdemokratischen Wahlerfolg zentralen Bereichen der Wählerschaft. Fühlten sich 1976 noch 58,7 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder mit der SPD verbunden, so waren es 1987 nur noch 47,6 Prozent. Unter den Facharbeitern ging die SPD-Bindung von 49,7 Prozent auf 42,9 Prozent, bei den anderen, vorwiegend ungelerten Arbeitern von 46,7 Prozent gar auf 32,7 Prozent zurück.

4. Parallel hierzu hat sich eine langfristige ideologische Polarisierung der Wählerschaft vollzogen. Ein Vergleich verschiedener Umfragen zeigt, daß zwischen 1976 und 1987 der Anteil der Befragten, die sich als „rechts“ oder „links“ einstufen, von 24,6 Prozent auf 28,0 Prozent beziehungsweise von 16,8 Prozent auf 25,4 Prozent angewachsen ist, nachdem bis zur Mitte der siebziger Jahre „rechts“ und „links“ durch historische Vorbelastungen weitgehend tabuisierte Begriffe waren. Die politische Mitte ist demgegenüber von 58,6 Prozent auf 46,6 Prozent abgeschmolzen. Die Polarisierung wurde durch drei Faktoren beschleunigt: die Entstehung eines neuen „linken“ Bewußtseins, das vor allem durch einen partizipatorischen Politikstil und durch Distanz zum Establishment geprägt wird; die Aufkündigung der sozialliberalen Koalition 1982, die zu einer nachhaltigen Veränderung der koalitionspolitischen Optionen in der Wählerschaft führte und einer ideologisch durchwirkten Freund-Feind-Polemik im Sinne der Lagertheorie erhöhte Plausibilität verlieh; und schließlich die wirtschaftliche und soziale Marginalisierung ländlicher und städtischer Problemgruppen, die den Resonanzboden für rechte Parolen schuf.

Die Ursachen für die Entwicklungsschübe zu einer fragmentierten Wählerschaft sind vielfältig. Zum Teil gehen sie auf demographische, soziale und wirtschaftliche Wandlungsprozesse zurück, die sich dem Zugriff politischer Steuerung weitgehend entziehen. Daneben gibt es jedoch einen nicht unbeträchtlichen Teil an „hausgemachter“, von den Parteien selbst erzeugter Entwurzelung. In beiden

großen Parteien hat eine neue, akademisierte Parteilite maßgeblichen Einfluß auf die praktische Politik und das programmatische Profil gewonnen. Politische Karrieren hängen fast ausschließlich von der Gunst der Minderheit aktiver Parteimitglieder ab. Diese Innenorientierung führt quasi automatisch zu einer Abkoppelung von der Wählerschaft. Die verbreitete Trennung von Parteiämtern und Wahlmandaten leistet dem Verlust der fortlaufend sich erneuernden Mehrheitsorientierung zusätzlich Vorschub. Der innerparteiliche Siegeszug der neuen Parteilite setzte in der SPD bereits zu Beginn der siebziger Jahre unter programmatisch-ideologischem Getöse ein. In der Union spielte sich die aus innerparteilichen Karrierebedingungen erwachsende Entfremdung zwischen Partei und Anhängerschaft zeitverschoben und relativ lautlos, aber nicht minder folgenreich in den achtziger Jahren ab.

In der Kombination all dieser Faktoren ist eine Wählerschaft entstanden, die in ihrer Offenheit und Fragmentierung einen politischen Markt bildet, der den Volksparteien angemessen ist. Wir sehen erst jetzt ganz deutlich: Die Stabilität der sechziger und siebziger Jahre beruhte ganz wesentlich darauf, daß sich der Wandel zur Volkspartei zwar auf der programmatischen Ebene, nicht jedoch im Blick auf die Struktur der Anhängerschaft und Mitglieder vollzogen hatte.

Der insgesamt beweglichere und offenere Wählermarkt birgt gleichermaßen Risiken und Chancen. Auf vielen Politikbereichen wird es aufgrund der vielfach gebrochenen Interessenlagen nur noch sehr schwer zu nationalen politischen Projekten kommen, auf die sich eine breite Anhängerschaft einschwören läßt. Ein derartiges Projekt ist zweifellos der „ökologische Umbau“. Für die SPD mit ihren politischen Traditionen freilich dürfte der „neue Generationenvertrag“ und all seine sozial- und wirtschaftspolitischen Aspekte bedeutsamer sein.

Um auf diesem Markt als Partei mit Erfolg bestehen zu können, ist eine konsequente Hinwendung zum Prinzip einer unternehmerischen Partei unabdingbar. Die innerparteilichen Willensbildungs- und Karrieremuster sind auf eine fortdauernde Orientierung an Wählermehrheiten zuzuschneiden; Außenorientierung und „aggressives Marktverhalten“ müssen strukturell verankert und prämiert werden. Wahlerfolge sind wichtiger als der fortwährende Tanz ums programmatische goldene Kalb. Auch wenn dies hierzulande als unfein gilt: Parteien sind nicht in erster Linie Denkfabriken und sinnstiftende Institutionen, sondern Organisationen zur Erlangung politischer Macht und zur Durchsetzung politischer Projekte. Nur wenn es den großen Parteien gelingt, sich durch gewandelte Strukturen an die offenen gesellschaftlichen Verhältnisse und die daraus erwachsenden Interessen auf dem neuen politischen Markt wieder unmittelbarer anzukoppeln, werden sie ihre Position behaupten können.

(-/18.12.1989/st/ks)

\* \* \*

## Den Druck verstärken

## Messen-Konferenz für eine demokratische Zukunft Südafrikas

Von Barbara Simons MdEP  
Südafrikasprecherin der Sozialistischen EP-Fraktion

„Und nun, Präsident De Klerk, wende ich mich an Sie persönlich. Sie sehen in unseren Augen eine Herausforderung: Wir fordern Sie auf, die gegenwärtige Situation als das zu erkennen, was sie ist. Handeln Sie jetzt, damit wir den Schaden an unserem Volk und Land verringern. Verzichten Sie auf den ‚Great Indaba‘ (Großer Rat) und ‚Schwarze Wahlen‘. Willigen Sie ein in eine demokratisch gewählte verfassungsgebende Versammlung“. Mit diesen Sätzen schloß Walter Sisulu am vorletzten Sonnabend seine große programmatische Rede auf der Konferenz für eine demokratische Zukunft in Johannesburg/Südafrika. 4.600 Frauen und Männer, Delegierte aus 2.100 örtliche Organisationen des Demokratischen Widerstandes, waren zusammengekommen, um sich auf einen Aktionsplan zur Überwindung zu einigen. Dankbar aufgenommen wurde die Beteiligung der SPD an dieser Konferenz, weil sich damit die Befürchtung als unbegründet erwies, die Deutschen seien so sehr mit der Regelung ihrer aktuellen Situation beschäftigt, daß sie keine Zeit mehr hätten, ihre internationalen Verbindungen und Verpflichtungen zu erfüllen.

Dr. Beyers Naudé, der ehemalige Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates und Mitorganisator der Konferenz, faßte die Ergebnisse der Beratungen so zusammen: Die Zusammenkunft sei seit 1955, als der Kongreß des Volkes die Freiheitscharta verabschiedet habe, die erste Zusammenkunft dieser Breite gewesen: „Es grenzt an ein Wunder, daß wir so weit gekommen sind. Wir sind ein großes Risiko eingegangen. Denn es sind die zwei wichtigsten schwarzen politischen Organisationen zusammengebracht worden, die noch niemals gemeinsam über die Zukunft Südafrikas gesprochen haben.“ Damit meinte er die Demokratische Massenbewegung (MDM) und die Schwarze Bewußtseinsbewegung (Black Consciousness Movement BCM). Die erste Organisation ist zahlenmäßig und politisch die bedeutendere Bewegung im Widerstand. Sie umfaßt die COSATU-Gewerkschaften, United Democratic Front und die ANC-Anhänger. BCM ist insofern wichtig, als sie eine starke emotionale Verankerung in der schwarzen Bevölkerung hat. Sie vertritt ein Sozialismusprogramm, das den europäischen Wandlungsprozeß noch nicht erkannt hat.

Trotz heftiger Spannungen hat die Versammlung einmütige Beschlüsse für künftige Verhandlungen mit der Regierung gefaßt. Als Vorbedingungen für Verhandlungen sind benannt worden: Aufhebung des Ausnahmezustandes, Pressefreiheit, Freilassung aller politischen Gefangenen und ungehinderte Aktivitäten aller politischen Parteien. Wenn die Regierung ihre eigenen Versprechungen, die Apartheid zu überwinden, wahr machen wolle, sei es ihre Aufgabe, den Weg dafür zu ebnen. Die dann folgenden Verhandlungen haben ein erklärtes Ziel: Freie Wahlen im ganzen Land für eine konstituierende Versammlung zu ermöglichen.

Alle diese Forderungen finden sich in der sogenannten Harare-Erklärung vom 21. August 1989 wieder, die von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) unter Federführung des ANC verabschiedet wurde und am 12. Dezember von der Generalversammlung der Vereinten Nationen übernommen worden ist.

Der Appell an die internationale Völkergemeinschaft, an die EG und auch an die Bundesrepublik Deutschland ist eindeutig: der politische und wirtschaftliche Druck auf die Apartheid-Regierung muß nicht nur fortgesetzt, sondern auch verstärkt werden. Die Forderungen der Harare-Erklärung sollten Grundlage ihrer Politik sein. Das hat auch der Vorsitzende der SPD, Hans-Jochen Vogel, in seiner Solidaritätsadresse an die Konferenz bekräftigt.

(-/18.12.1989/st/fr)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**  
=====

In der DDR hat sich der Bund Sozialdemokratischer Studenten (BSDS) konstituiert. Wir dokumentieren seine vorläufige Satzung sowie einige Kontaktadressen:

**DIE SATZUNG**  
des Bundes Sozialdemokratischer Studenten (BSDS)

**§ 1**

Die Organisation führt den Namen Bund Sozialdemokratischer Studenten (BSDS). Ihr Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik.

**Grundsätze**  
-----

**§ 2**

Der BSDS ist eine Organisation von Studenten, die die Grundsätze des Statutes der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) vom 7.10.89 (§§ 2 - 10) anerkennen.

**§ 3**

Der BSDS will durch praxisorientierte und konzeptionelle Arbeit sozialdemokratische Positionen zur Wirkung bringen.

**§ 4**

Der BSDS will sich in den politischen Meinungsbildungsprozeß der Studierenden durch Vermittlung sozialdemokratischen Gedankenguts einbringen.

**§ 5**

Der BSDS strebt einen engen Kontakt zur SDP an und will aktiv bei der Bestimmung politischer Inhalte und Ziele der Partei mitwirken.

**Mitgliedschaft**  
-----

**§ 6**

Mitglieder im BSDS können werden: Studenten, zukünftige Studenten, Aspiranten, Forschungsstudenten und wissenschaftliche Mitarbeiter an Hoch- und Fachschulen auf dem Gebiet der DDR unabhängig von ihrer Nationalität und Staatsbürgerschaft.

**§ 7**

Eine Mitgliedschaft im BSDS setzt Anerkennung dieser Satzung voraus.

**§ 8**

Die Aufnahme der Mitglieder erfolgt durch den Vorstand.

**§ 9**

Der BSDS erhebt einen eigenen Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Prozent des Einkommens.

**Strukturen**  
-----

**§ 10**

Vollversammlungen auf der Ebene der Bildungseinrichtungen und die Delegiertenkonferenz auf Landesebene sind beschlußberechtigte Organe.

**§ 11**

Die Mitglieder sind in Arbeitsgruppen organisiert. Jede Arbeitsgruppe wählt einen Vertreter oder eine Vertreterin in das Präsidium der Vollversammlung.

44. Jahrgang

Das Prä

Die Voll  
nen für

Der Kod  
richtung  
schensbe

Die Dele

Die Voll  
Geschäft

Beschluß  
jewelligen

Wahlen si

Jedes Mit

Für die M  
Wahlgang

Zur Abwa

Diese Satz

Maren Lö  
Felsenstr.  
4020 Halle

Rolf Leon  
Puschkins  
4020 Halle

Stefan Et  
Eisa-Brandstr.  
1100 Berlin

Johannes Wien  
B.-Koenen-Str. 36  
4260 Lutherstadt Eisleben

Tilo Materna  
Kirchnerstr. 6  
4020 Halle/Saale

4020 Halle/Saale

Tjark Völker (Tel. 4480195)  
Kollwitzstr. 79  
1056 Berlin

\* \* \*

(-/13.18.1989/vo-he/hgs)